

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13603. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Ruhige Haltung in der oberschlesischen Frage. Mahnung der Reichsregierung an nationalistische Maulaufreier.

Berlin, 30. Juli. (I.L.) Amtlich wird berichtet: Angesichts der herannahenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens hat die Reichsregierung im Verein mit der preussischen Staatsregierung beschlossen, in enger Fühlungnahme mit der Bevölkerung Schlesiens dahin zu wirken, daß die Bewohner des Landes sich auch weiterhin höchste Zurückhaltung auferlegen, um zu ihrem Teile dazu beizutragen, eine sachliche Entscheidung zu ermöglichen. Es gilt der Welt ein Beispiel dafür zu geben, wie ein Volk durch seine Selbstbeherrschung der sachlichen Lösung einer Frage von so großer Tragweite die Wege ebnet. Die Reichsregierung richtet diese Mahnung nicht nur an die Schlesier, sondern an das ganze deutsche Volk und erwartet, daß jeder, der der deutschen Sache dienen will, ruhige Haltung bewahrt und sich der hohen Verantwortung bewußt bleibt, die uns der Augenblick auferlegt. Jede unüberlegte Haltung würde die von uns beanspruchte sachliche und gerechte Lösung der Frage gefährden.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit stellt bei Anerkennung der amtlichen Mahnung zur Besonnenheit fest, daß Reichsregierung und preussische Staatsregierung sich verpflichtet fühlen sollten, es nicht bei beruhigenden Worten bewenden zu lassen. Sie würde ihre ganze Aufmerksamkeit auf die praktische Verhinderung neuer Uebergriffe des latenten Nationalismus zu richten haben. Es seien ihr Nachrichten darüber zu Ohren gekommen, daß Angehörige des Schlesiens, die vor kurzem Oberschlesien verlassen haben, in den letzten Tagen Anweisung erhielten, sich wieder bei ihren Formationen einzufinden.

## Die Haltung Polens.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach Meldungen aus Warschau nimmt die dortige Presse gegen die von einem Korrespondenten des Nieuwe Rotterdam Courant vertretene Auffassung Stellung, der in Warschauer leitenden Kreisen ein Ueberblick über gar von den oberschlesischen Plänen Polens bemerkt haben will. Die staatsrechtliche Lösung wäre eine Vergewaltigung des Vertrages, mit der man sich niemals einverstanden erklären könnte. Die Auffassungen hätten die Waffen auf Befehl der Alliierten niedergelegt in der Erwartung einer gerechten Entscheidung. Komme man jetzt auf das staatsrechtliche Projekt hinaus, so könne niemand dafür garantieren, daß diese Entscheidung nicht ein neuer zündender Funke sein werde und ein zweites Mal werde Polen nicht den Fehler begehen, sich durch Versprechungen in eine passive Rolle drängen zu lassen. Andererseits muß auch eine Unterredung registriert werden, die der Warschauer Vertreter der polnischen Zeitung mit dem neuen polnischen Außenminister hatte. In ihr hat der Minister doch von dem Ausgange des polnisch-deutschen Gegenjahres, von den Wirtschaftsinteressen der beiden Nachbarländer und von Hoffnungen auf einen beide Teile befriedigenden Kompromiß in der oberschlesischen Frage gesprochen.

## Die englisch-französische Spannung.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach einer Londoner Meldung der polnischen Zeitung ist die Stimmung in dortigen Regierungskreisen augenblicklich die, daß man seit dem Krieg noch niemals die Entente für so gefährdet angesehen habe, wie durch die jüngste französische Bedrohung. Der Versuch Briand's, dem Obersten Rat seinen Willen aufzuzwingen und die Zustimmung Englands und Italiens zu der sofortigen Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien zu erlangen, wird in Londoner Regierungskreisen als ein sehr gefährlicher und durchaus unzulässiger Versuch angesehen, die Zustimmung der alliierten Mächte zu einer Politik zu erzwingen, die sie nicht nur nicht billigen, sondern als tödlich gefährlich sogar unbedingt verwerfen.

## Ein Mahnruf der deutschen Oberschlesier. Schleunigste Entscheidung!

Kattowitz, 29. Juli. Der deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat gestern an die Ministerpräsidenten in London, Paris und Rom sowie an die Botschafterkonferenz in Paris ein Telegramm gerichtet, in dem er im Namen aller deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens bittet, in den am 4. August beginnenden Verhandlungen endgültig über das Schicksal Oberschlesiens zu beschließen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen gehe die Bevölkerung freiwillig und wirtschaftlich zugrunde. Eine provisorische Lösung würde den jetzigen Zustand nur verschlimmern.

## Die linken Sozialrevolutionäre rufen nach Hilfe für Rußland.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Auslandsvertretung der linken russischen Sozialrevolutionäre fordert in einem Aufruf die aktive Unterstützung der Werktätigen

aller Länder für das hungernde Rußland. Ihnen stehe es zu, in der Hilfsaktion für das hungernde Rußland die Initiative zu ergreifen. Ihre Aufgabe sei es, allen andern Bevölkerungsschichten und ihren Regierungen klar zu machen, daß, wenn diese Hilfe nicht rechtzeitig kommt, wenn keine Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie ergriffen werden, wenn nicht die Möglichkeit geschaffen wird, die Felder zu bestellen, das Rußland betroffene Unglück zu einer Weltkatastrophe, zu einer sich viele Jahre hinausziehenden Krise werden wird.

## Der große Betrug vom Juli 1914.

München, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Morgenpost geht heute nochmals eingehend auf das Jubiläum der Süddeutschen Monatshefte „Der große Betrug“ ein und tritt den dort erprobten Verleumdungen gegen Kurt Eisner und Besenbach entgegen, als hätten diese den bayerischen Gesandtschaftsbericht bei seiner Veröffentlichung gefälscht. Es heißt in der Morgenpost: „Der große Betrug, der Millionen das Leben gekostet hat, wurde im November 1918 offenbart und die geistig so kleinen Betrüger verflochten sich in die Mauern der Lüge. Jetzt sind diese Helden wieder hervorgetreten und versuchen aufs neue, ihren Betrug fortzusetzen. Sie nennen andere Fälscher, um ihren Betrug verdecken zu machen. Obwohl ein Ableugnen, daß die deutsche Regierung im Juli 1914 Oesterreich antrieb, den Konflikt mit Serbien mit Waffengewalt auszutragen, nicht möglich ist. Sie ließ dem deutschen Volke vorreden, daß der deutsche Generalstab und die Berliner Regierung von Anfang an „Defasierung“ des Konflikts wünschten und nicht, da sie auf Gefahr weiterer Verwicklungen (also auch die Gefahr des Weltkrieges) das Vorgehen Oesterreichs billigte, das ungewollt das Eingreifen Rußlands und damit den Weltkrieg zur Folge haben mußte. Sie wollten endlich den Verbrechen gestehen, daß Deutschland gar keine Kenntnis gehabt habe von dem österreichischen Ultimatum an Serbien, bevor es am 23. Juli 1914 in Belgrad überreicht wurde. Aber Deutschland kannte den wesentlichen Inhalt der österreichischen Note, billigte ihn und erklärte in der Öffentlichkeit (wie aus Presseäußerungen hervorgeht), daß es „überrascht“ worden sei. Deutschland habe nach außen hin alles getan, um sich den Ansehen der Friedensliebe zu geben. Und erst, als man fünf Minuten vor 12 einzulassen begann, was man angestellt hatte, veruchte man zu bremsen. Da war es aber bereits zu spät und zu den begangenen Verbrechen gesellte sich die Unfähigkeit und der politische Dilettantismus der deutschen „Staatsmänner“. So schüttelte Deutschland in den Westkreise hinein und jetzt erneut man den großen Betrug, den man solange ungestraft betreiben konnte.“

Es wird dann festgestellt, daß der Eisner'schen Veröffentlichung ein Einleitungs vorangang, die diese einwandfrei als Auszug kenntlich gemacht habe. Es kann also von einer Fälschung gar nicht die Rede sein, außerdem sind in der Veröffentlichung die wichtigsten und ausschlaggebendsten Stellen im Wortlaut wiedergegeben, und der übrige Teil des Berichtes kann die Tendenz der veröffentlichten Stellen in keiner Weise abschwächen. Es folgt dann die wörtliche Wiedergabe des bayerischen Gesandtschaftsberichtes vom 18. Juli 1914, und zwar so, daß die von Eisner veröffentlichten Stellen durch besonders fetten Druck kenntlich gemacht sind. Aus dem ganzen Gesandtschaftsbericht ergibt sich die ganze Heuchelei, das ganze Verbrechen und die ganze Dummheit, mit der in den Vortagen des Weltkrieges in Berlin gearbeitet worden ist.

## Die neuen Steuern.

Berlin, 30. Juli. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit den neuen Steuer vorlägen. Wie der Vorwärts erzählt, einigte man sich auf eine Vermögenszuwachssteuer, eine Zuwachssteuer aus Kriegsgewinnen und aus der Umänderung des Umsatz- und Stempelabgabengesetzes. Die Besprechungen über das Steuerproblem dürften mindestens noch zwei Sitzungen in Anspruch nehmen.

Berlin, 30. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Vorträge des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt kamen nicht zur Sprache. (Noch nicht — oder sind sie schon ganz gefallen? Red. d. L. V.)

## Die englisch-irischen Verhandlungen.

Dublin, 29. Juli. (Reuters.) Ueber die gestrige Sitzung des Sinnfeinerkabinetts wird strengstes Schweigen beobachtet. Dem Vernehmen nach war die Sitzung von entscheidendem Charakter für den Fortgang der Verhandlungen. Es wird angenommen, daß das Kabinett sich über die Grundlagen der Berufung einer offiziellen Konferenz geeinigt hat. Es werden keine weiteren Sitzungen des Kabinetts abgehalten werden, bis de Valera Lord George erneut Mitteilung gemacht hat. Wenn dann die Grundlagen für eine Konferenz gefunden sind, wird der nächste Schritt eine Vollziehung des Sinnfeiner-Parlaments sein, in der Bevollmächtigte für die weiteren Verhandlungen ernannt werden sollen.

## Gläubiger Amerika.

Washington, 29. Juli. Die Finanzkommission des Senats hat die Bill der Regierung genehmigt, durch die das Schatzamt ermächtigt werden soll, zur Konsolidierung aller Militärkredithulden Verhandlungen anzubahnen. Die Kommission brachte innerhinhin einen Abstimmungsantrag ein, dahingehend, daß die Konsolidierung innerhinhin fünf Jahren erfolgen muß.

## Nie wieder Krieg!

Wieder jähren sich die Tage der Kriegserklärungen, die Tage dunkler Erinnerung, die Tage, da die Völker Europas durch Lug und Trug, durch planmäßige, raffinierte Betrugung in den unheiligen Krieg hineingetrieben wurden, in einen Krieg, der Not und Tod, Zerrüttung und Ohnmacht für unabsehbare Zeiten nicht den Besiegten, sondern auch den Siegern brachte, der die ganze Welt in ein noch nicht dagewesenes wirtschaftliches Elend stürzte, von dem sich zu erholen für sie noch nicht die geringste Aussicht besteht. Dunkle Tage, dunkel für den seiner Heberzeugung treu gebliebenen Marxisten, der sie mit Abscheu und Verzweiflung erlebte und seine Arbeitsbrüder dem verlogenen Kriegstaumel verfallen sah, noch dunkler aber für den, der damals selbst dem Taumel nicht widerstehen konnte und heute mit Schrecken bemerken muß, welches Unheil dieser Taumel angerichtet, wie schwer der Verrat an den Grundsätzen des Marxismus, die im Kriege und nachher eine so glänzende Bestätigung gefunden haben, sich rächte.

Es soll hier nicht wieder die Frage aufgeworfen werden, die von den Nationalisten beider Lager seit Anfang des Krieges und bis zum heutigen Tage zur Ausnutzung ihrer imperialistischen Zwecke ausgebeutet wird, wer die Schuld am Kriege trägt. Denn unabhängig von den Ergebnissen der altentwäglichen Untersuchungen ist die Frage für jeden marxistisch denkenden Politiker längst geklärt. Er kennt die Triebfedern ganz genau, die die herrschenden Klassen aller Staaten dazu veranlassen, den Krieg vorzubereiten und zu organisieren, ihm sind die imperialistischen Wurzeln dieses, wie jedes kapitalistischen Krieges bloßgelegt. Aber dabei übersteht er doch nicht, daß bei Deutschland und Oesterreich ein erschwerender Umstand hinzukam, der ihre Kriegspolitik noch verbrecherischer machte als die der übrigen Staaten: das reaktionäre, halbfeudale Regime, der verhüllte Absolutismus, der einen viel brutaleren, angriffslustigeren, kriegerischeren Imperialismus erzeugte, als in den anderen Ländern. Man erinnere sich nur der unzähligen, ebenso läppischen wie brutalen und provozierenden Reden und sonstigen Ergüsse Wilhelms des Verten, und man erinnere sich jenes Ultimatum an Serbien, das von Oesterreich gestellt und von Deutschland, wenn nicht bestellt, so doch wenigstens gebildet wurde, jenes Ultimatum, das in der ganzen Welt einen Sturm der Empörung hervorrief und sie auf die Seite der Gegner drängte, jenes Ultimatum, das selbst ein bürgerlicher Reichsanwalt, der die Interessen jener Parteien vertritt, die die Kriegsschuld Deutschlands leugnen, verbrecherisch genannt hat.

Aber jene Mächte, die am Kriege Schuld waren — es sind dieselben, die auch heute noch rastlos daran arbeiten, um wieder einen neuen Krieg zu entfesseln —, waren es auch, die hüben und drüben an seiner Verlängerung bis zu einem bitteren Ende Schuld trugen. Auch das ist allmählich bekannt geworden. Es ist bekannt geworden, wie seit Anfang 1917 ein Versuch zur Friedensstiftung dem andern folgte, aber der eine wie der andere vergeblich blieb, da die Kriegshetzer auf beiden Seiten ihre imperialistischen Ziele noch nicht erreicht sahen. Es ist bekannt, wie die Ludendorffe und Tirpiche das Volk betrogen, indem sie ihm vorpiegelten, die Erweiterung des Krieges werde zu seiner Besserung beitragen, und wie sie dann sich selbst in wahnsinniger Verblendung betrogen, indem sie zu einer Zeit, wo in ihnen die Erkenntnis bereits herangerückt war, daß das Spiel längst verloren sei, es in frevelhafter Weise fortsetzten, bis das Kartenhaus zusammenbrach und sie unter den Trümmern begrub, aber leider nur sehr oberflächlich. Das alles ist bekannt, aber es kann nicht oft genug wiederholt werden, besonders nicht an Erinnerungstagen, die das namenlose Elend jener Tage wieder neu in uns erstehen lassen, und besonders deshalb nicht, weil jene Mächte ihr Spiel noch nicht verloren gegeben haben, ja insgeheim die Jügel noch immer in der Hand halten und sich für den Tag ihres offenen Triumphes rüsten.

Immerhin, der Zusammenbruch kam, und schneller als man geglaubt hatte. Während nach außen hin der Schein eines festesten dastehenden Staates und Heeres noch gewahrt wurde, waren sie in Wirklichkeit schon vollkommen unterhöhlt, so daß sie über Nacht zusammenbrachen. Zuerst in Rußland, dann in Oesterreich, und gleich darauf in Deutschland, während die anderen kriegführenden Länder innerhalb und äußerlich aufrecht blieben. Das ist kein Zufall, denn diese drei Länder waren die reaktionärsten. In ihnen verbanden sich der Hunger und die Sehnsucht nach Frieden mit der erbitterten Opposition der aufstrebenden Klassen gegen die reaktionäre, absolutistische Staatsgewalt, und zwar nicht nur im Hinterlande, sondern auch an der Front. Die reaktionäre Meute, der niemand ihr Leugnen der Kriegsschuld glauben will, möchte wenigstens die Schuld am militärischen Zusammenbruch dem Erwachen des revolutionären Geistes in einem Teile der Arbeiterschaft zuschieben. In Wirklichkeit aber ist es längst erwiesen, daß nicht nur im Hinterlande die Kriegsmüdigkeit und revolutionäre Erregung die Oberhand gewann, sondern ebenso schnell, oder vielleicht noch schneller an der Front. Der beste Beweis dafür ist, daß weder in Deutschland noch in Oesterreich auch nur